

Resolution der AG Straßenbeitragsfreies Hessen zur Finanzierung der Abschaffung von Straßenbeiträgen in Hessen

**Wir, die hessischen Bürgerinitiativen der AG Straßenbeitrags-
freies Hessen, repräsentiert durch**

- den Sprecher des Vorstandes, Andreas Schneider
- die BI Straßenbeitragsfreies Bad Hersfeld, Gerhard Deisenroth
- die BI Straßenbeitragsfreies Hungen, Peter Ziechaus
- die BI Lautertal-Dirlammen, Walter Römer und Manfred Listmann
- die IG Sachsenhausen Eichenzell, Sylvia Vogel-Weber, Fred Abel und Joachim Weber
- die BI Petersberg Straßenbeiträge abschaffen, Ulrich Dehler
- die Bürger für Niederaula, René Rößing, Gerhard Opfer und Karl-Heinz Battenberg
- die BI Nentershausen, Andrea Müller-Nadjm
- die BI Heidenroder gegen Straßenbeiträge, Achim Ganser und Michael Bodenheimer
- die BI Mörfelden-Walldorf, Dieter Berghorn, Elke Seyffer, Werner Hinterthuer
- die BI Hüttenberg, Reinhold Engel, Martin Ruttiger
- die BI Trubenhäuser, Holger Helmerich, Georg Ronnenberg
- die BI Wetzlar Phönixstraße, Karin Lein
- die BI Grebenhain und Vogelsberkreis, Gerold Beckmann
- die BI Rotenburg a. d. Fulda, Hans Wagner
- die IEH Haunetal, Gerhard Maul
- die BI Anliegerschutz statt Gebührenkatastrophe Hohenroda, Uwe Metz
- die BI Lohfelden, Michael Schreiber

sowie 40 weiteren Bürgerinitiativen aus ganz Hessen

überreichen diese Resolution

an die Hessische Landesregierung

vertreten durch

- Ministerpräsident Herrn Volker Bouffier
- stellv. Ministerpräsident Herrn Tarek Al-Wazir
- Innenminister Herrn Peter Beuth

an die Landtagsabgeordneten des Hessischen Landtags

vertreten durch die Fraktionsvorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführer, mit der Bitte um Weiterleitung an die Fraktionsmitglieder

- Herrn Michael Boddenberg, CDU
- Herrn Holger Bellino, CDU
- Herrn Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD
- Herrn Günter Rudolph, SPD
- Herrn Mathias Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Herrn Jürgen Frömmrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Herrn René Rock, FDP
- Herrn Jürgen Lenders, FDP
- Frau Janine Wissler, Die Linke
- Herrn Hermann Schaus, Die Linke

an den Hessischen Städte- und Gemeindebund

vertreten durch den

Geschäftsführenden Direktor Herrn Karl-Christian Schelzke, mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder

an den Hessischen Städtetag

vertreten durch den

Geschäftsführenden Direktor Herrn Stephan Gieseler, mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder

Zur Kenntnisnahme

an die Bürger- und OberbürgermeisterInnen aller hessischen Städte- und Gemeinden

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die hessischen Bürgerinitiativen für die Abschaffung der Straßenbeiträge, fordern Ihre politische Unterstützung zur **Abschaffung der Straßenbeiträge in ganz Hessen.**

Straßenbeiträge sind ungleich, unsozial und ungerecht.

Wer etwas möchte, findet Wege. Wer etwas nicht möchte, der findet Gründe. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen Wege finden!

Der Sachverhalt:

Seit 25 Jahren finanzieren die Kommunen in Hessen und das Land Hessen den Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern über den Fonds „Deutsche Einheit“, den Solidarpakt I und den Solidarpakt II. Die Kommunen

liefern ihren Anteil in Form der erhöhten Gewerbesteuerumlage. Die gesetzliche Grundlage für diese Umlage läuft Ende 2019 aus. Die Gelder würden, ohne dass es dazu einer gesetzlichen Initiative bedarf, zukünftig wieder den Städten und Gemeinde zugutekommen. Die Gewerbesteuerumlage würde automatisch sinken und - ganz grob berechnet - würden je nach örtlicher Struktur etwas mehr als 10% der Gewerbesteuereinnahmen **zusätzlich** bei den Kommunen verbleiben.

Im Finanzplanungserlass des „Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport“ vom 13.9.2018 ist dazu vermerkt:

„Der Bundesvervielfältiger von 29 Prozentpunkten zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Belastungen ihrer Länder durch die Einbeziehung der neuen Länder in den Finanzausgleich ist nach § 6 Abs. 3 GFRG bis zum Jahr 2019 befristet. In den Orientierungsdaten wird eine ungeschmälerte Fortgeltung der Rechtslage ab 2019 unterstellt, da hier eine Anschlussregelung geboten ist. Die konkrete Höhe des Vervielfältigers steht insoweit **unter dem Vorbehalt der politischen Verhandlungen.**“

Ihr Eingreifen ist jetzt erforderlich!

Dazu unser Appell:

1. Wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, die Straßenbeiträge in ganz Hessen abzuschaffen!
2. Wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, dass das **kommunale Geld** aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2020 den Kommunen für ihre kommunalen Aufgaben wieder zur Verfügung steht und nicht weiter vom Land vereinnahmt wird!
Nutzen Sie den oben zitierten „Vorbehalt der politischen Verhandlungen“ jetzt!
3. Wir erwarten weiterhin, dass Sie sich dafür einsetzen, dass nach 25 Jahren, in denen in die Infrastruktur der neuen Länder investiert wurde, diese Gelder nun für die hessische Infrastruktur verwendet wird.
4. Wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, dass dieses **kommunale Geld** zukünftig dafür verwendet wird, die Straßenausbaubeiträge in ganz Hessen abzuschaffen.
5. Wir erwarten weiterhin, dass Sie sich dafür einsetzen, dass für die wenigen Kommunen, die davon nicht profitieren würden, ein Sonderfonds geschaffen wird.

Thüringen schafft die Straßenbeiträge ab, Mecklenburg-Vorpommern schafft ab, Berlin hat abgeschafft und zurückgezahlt, Bayern hat sie abgeschafft und bis 2017 zurückbezahlt, Hamburg hat abgeschafft, Baden-Württemberg hat zu keiner Zeit Straßenbeiträge erhoben.

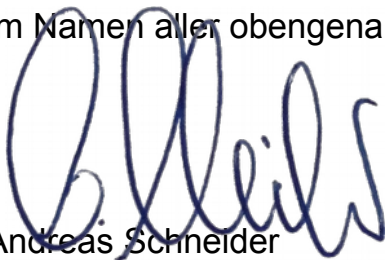
Über den Länderfinanzausgleich stützt Hessen einen Teil dieser Länder zusätzlich mit gigantischen Milliardenbeträgen, denn das Land Hessen zahlt Milliarden in den Länderfinanzausgleich ein. Wir finanzieren also die nichtvorhandenen Straßenbeiträge in anderen Bundesländern mit unseren Steuergeldern! Hier in Hessen werden dagegen von unseren Bürgern, **Ihren Wählern**, fünfstellige Beträge für die grundhafte Sanierung von Gemeindestraßen verlangt.

Über die Neuverhandlung des Länderfinanzausgleiches kommen demnächst weitere Einnahmen von über 600 Mio. Euro auf das Land Hessen zu. Geld, welches zusätzlich den Kommunen zur Verfügung gestellt werden kann.

Dieses krasse Missverhältnis passt nicht mehr und ist den Bürgern nicht länger zu vermitteln. **Eigentum verpflichtet!** Die Straßen sind Eigentum der Kommunen. Setzen Sie sich dafür ein, dass sowohl das Land Hessen als auch die Kommunen dieser Verpflichtung gerecht werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass die zur Verfügung stehenden Mittel in Zukunft für eine Entlastung der Bürger eingesetzt werden und somit ein Stück mehr Gerechtigkeit erreicht wird.

Mücke, den 15.12.2018

Im Namen aller obengenannten Bürgerinitiativen



Andreas Schneider

AG Straßenbeitragsfreies Hessen